



---

## Eröffnung der Stadtratssitzung

---

**Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp):** Guten Abend beisammen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wertere Vertreterinnen und Vertreter der Medien, liebe Gäste, wir kommen heute bereits schon zur sechsten Stadtratssitzung dieses Jahres und ich möchte dabei ganz besonders unser neues Mitglied begrüßen. Es geht dabei um Georg Cap von den Grünen, der Stefan Wehrli ersetzt. Herzlichen willkommen! Ich wünsche viel Freude bei der Mitarbeit hier in unserem Stadtrat. Wie das so ist, kann man einerseits neue Leute begrüßen und andererseits gehört es aber auch dazu, Abschied zu nehmen. Dabei geht es – wie Sie es bereits in den Medien lesen konnten, um Carole Howald, ein schon bald langjähriges Mitglied des Stadtrates. Für Carole ist es heute die letzte Sitzung, was ich bedaure, dass Du Dich zurückziehst, aber wir wissen alle, dass Du da ja ganz andere Pläne verfolgst und dazu wünschen wir Dir von Herzen viel Erfolg und Durchhaltewillen. Merci vielmals für Dein Engagement und all die Vorstösse, die Du einbrachtest. Von dem her wirst Du uns ja noch lange erhalten bleiben.

Wie Sie wissen, befinden wir uns immer noch in der besonderen Lage, dass es ein Schutzkonzept mit Maskenpflicht braucht. Ich bitte Sie deshalb die Schutzmassnahmen gemäss Schutzkonzept entsprechend einzuhalten. Wir werden je nach Entwicklung das Schutzkonzept laufend anpassen, aber für heute bitte ich Sie einfach die Maske anzulassen und sie dann aber beim Reden am Mikrophon abzunehmen. Somit bitte ich nun die Sekretärin, Simone Burkhard Schneider, um den Appell:

- 38 Stadträtinnen und Stadträte sind zum Appell anwesend.<sup>1</sup>
  - 1 Mitglied des Stadtrates ist für die ganze Sitzung entschuldigt abwesend.
- 6 Mitglieder des Gemeinderates sind anwesend.
  - 1 Mitglied des Gemeinderates und der Stadtschreiber Daniel Steiner (Sekretär Gemeinderat) sind für die ganze Sitzung entschuldigt abwesend.

**Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp):** Somit stelle ich zuhanden des Protokolls die Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest. Sie erhielten die Traktandenliste bereits und die Aktenauflage erfolgte vorschriftsgemäss. Die Unterlagen sind ebenso auf der Webseite der Stadt aufgeschaltet. Gibt es zur Traktandenliste Bemerkungen? Wenn dies nicht der Fall ist, kommen wir direkt zu Traktandum Nr. 1.

---

<sup>1</sup>Ab 19.15 Uhr sind 39 Stadratsmitglieder anwesend.



## 1. **Motion Sägesser Saima (SP) vom 26. Oktober 2020: Für einen zeitgemässen Webauftritt der Stadt Langenthal: Berichterstattung und Antrag auf Abschreibung**

### I Eintreten:

**Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp):** Es geht hier um die Motion von Saima Sägesser betreffend eines zeitgemässen Webauftrittes der Stadt Langenthal. Das Eintreten zu diesem Geschäft ist zwingend und somit unbestritten, zumal es sich dabei ja auch um eine Motion mit Richtliniencharakter handelt, was wir ja bereits so beschlossen.

### II Beratung:

**Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp):** Wir steigen direkt in die Beratung ein. Die Berichterstattung des Gemeinderates liegt Ihnen schriftlich vor und ein Bericht der GPK ist nicht angemeldet. Somit übergebe ich das Wort der Motionärin Saima Sägesser.

**Motionärin Saima Sägesser (SP):** Ich möchte gar nicht lange reden, sondern mich gleich beim Gemeinderat und den zuständigen Mitarbeitenden der Stadt für das schnelle Erarbeiten und die schnelle Entwicklung für einen neuen Webauftritt der Stadt Langenthal bedanken. Sie konnten es lesen, dass dies auf Anfang 2022 geplant ist, das heisst, wenn es gut kommt, also bereits schon auf das neue Jahr per 1. Januar. Somit bekommen wir einen zeitgemässen Auftritt auf der Webseite der Stadt, bei der man dann die Informationen schnell finden kann, da sie nicht irgendwo auf einer PDF-Datei abgespeichert sind, und damit von einer wirklich benutzerinnenfreundlichen Führung profitiert. Und was mich auch ganz wichtig dünkt und ich in der Motion betonte und so auch in der Stellungnahme hervorgehoben wurde, ist, dass die Seite eben auch barrierefrei sein muss. Ich bedanke mich nochmals für die schnelle Erarbeitung und somit steht der Abschreibung der Motion nichts im Weg. Besten Dank.

**Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp):** Danke bestens. Darf ich nun den Fraktionen das Wort erteilen? Wer möchte sich dazu äussern? Das Wort wird nicht gewünscht. Gibt es Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher, die dazu Stellung nehmen möchten? Auch dem ist nicht so. Gibt es ansonsten noch Wortmeldungen? Auch nicht vom Gemeinderat. In dem Fall kann ich die Beratung bereits schliessen und zur Abstimmung überleiten. Ich nehme an, dass auch Du, Saima Sägesser, auf eine weitere Wortmeldung verzichtest. Gut. Wer nun gemäss dem Antrag des Gemeinderates mit der Abschreibung dieser Motion einverstanden ist, zeigt dies mit der Stimmkarte an. Gegenstimmen? Gibt es Enthaltungen?

### III Abstimmung:

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 38 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein bei 0 Enthaltungen (einstimmig):**

1. **Die Motion Sägesser Saima (SP) vom 26. Oktober 2020 "Für einen zeitgemässen Webauftritt der Stadt Langenthal" wird als erledigt vom Protokoll des Stadtrates abgeschrieben.**
2. **Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---



## 2. **Motion Marti Bernhard (SP), Loser Roland (SP) und Mitunterzeichnende vom 16. September 2019: Verkehrsregime Hübeli: Berichterstattung und Antrag auf Abschreibung**

### I Eintreten:

**Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp):** Es folgt Traktandum Nr. 2, wobei es ebenso um eine Motion geht, die von Bernhard Marti, Roland Loser und Mitunterzeichnenden zum Verkehrsregime im Hübeli eingereicht wurde. Auch hier ist das Eintreten auf diese Motion zwingend.

### II Beratung:

**Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp):** Die Berichterstattung des Gemeinderates wurde Ihnen hier ebenso schriftlich zugestellt und die GPK verzichtet auf eine Stellungnahme. Nun übergebe ich das Wort an Roland Loser als Motionär.

**Sprecher der Motion, Roland Loser (SP):** So speditiv die vorhergehende Motion zum Webauftritt bearbeitet werden konnte, scheinen wir mit dieser Motion leider nicht unterwegs zu sein. Wir gaben diesen Vorstoss vor zwei Jahren ein und vor einem Jahr wurde die Bearbeitungsfrist verlängert. Und heute sind wir nun mehr oder weniger immer noch nirgends, wird man nun noch auf diesen Verkehrsrichtplan mit diesen ganzen Agglomerationsgeschichten vertröstet. Wir als Motionäre sind damit aber nicht zufrieden, weil es doch eindeutig war, dass man hier nun diese Begegnungszonen einrichten möchte, was ja mit relativ einfachem Aufwand realisierbar ist. Nun passierte allerdings zwei Jahre lang nichts, sodass wir mit diesem Vorgehen nicht einverstanden sind. Deshalb plädieren wir dafür, dass wir diese Motion heute Abend noch nicht abschreiben, sondern dass wir diesen Vorstoss noch einmal retour geben und man daran bleibt, damit das Anliegen nicht einfach in Vergessenheit gerät. Ich kann auch gleichzeitig im Namen der SP/GL-Fraktion sprechen und mitteilen, dass wir auch als Fraktion diese Abschreibung bestreiten werden.

**Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp):** Danke. Das Wort ist nun an den Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprechern. Wem darf ich das Wort übergeben?

**glp/EVP-Fraktion, Fabian Fankhauser (glp):** Auch wir waren nicht ganz zufrieden, dass es nun so lange dauerte. Aber wir haben auf eine Art Verständnis dafür, dass man dies als Gesamtes betrachten möchte. Nichtsdestotrotz sind wir der Meinung, dass man diese Begegnungszonen eher hätten einführen dürfen und glauben auch, dass das Ganze mit dem Agglomerationskonzept nun nicht wirklich erledigt ist.

**FDP/jll-Fraktion, Daniel Bircher (FDP):** Wir von der FDP/jll-Fraktion unterstützen die Ansicht des Gemeinderates, dass man dies im Rahmen einer Gesamtplanung betrachten muss. Wir sind allerdings auch der Meinung, dass dies etwas lang dauerte und es hinausgezögert wurde. Aber es befinden sich ja noch verschiedene Konzepte in Bearbeitung, die dann in Kürze vorliegen sollten. Deshalb sind wir dafür, dass man dies nun in die Gesamtplanung des Agglomerationsprogramms 3 hineinnimmt. Wir möchten aber dennoch auch nochmals darauf hinweisen, dass sich die FDP/jll-Fraktion nicht für eine flächige 30er-Zone in der Stadt Langenthal ausspricht, aber dennoch die Abschreibung der Motion unterstützt.

**SVP-Fraktion, Janosch Fankhauser (SVP):** Wir als SVP-Fraktion vertreten beinahe dieselbe Haltung wie die FDP. Wir begrüßen diese Abschreibung. Wir unterstützen grundsätzlich viel eher ein Gesamtkonzept, als solch eine Insellösung, sodass man dies im Kontext mit allem betrachten muss und wir dem Antrag des Gemeinderates getrost zustimmen können. Wir hoffen damit aber gleichwohl, dass das ganze Thema nicht vom Tisch ist, sondern es wirklich weitergezogen wird und im nächsten Entwicklungskonzept der Stadt im Rahmen des Verkehrsrichtplans mitberücksichtigt wird. Danke.

**Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp):** Besten Dank. Gibt es seitens der Fraktionen weitere Wortmeldungen? Gibt es Voten von Einzelsprecherinnen oder Einzelsprechern?

**Georg Cap (GL):** Guten Abend miteinander, mein Name ist Georg Cap, aber Sie kennen meinen Namen ja bereits. Ich möchte gerne als Anwohner der besagten Zone etwas dazu sagen. Ich vertrete dabei auch die



# Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 20. September 2021

gleiche Meinung wie meine Fraktion und ich kann von meinem Küchentisch aus täglich entsprechend gefährliche Situationen beobachten. Die Dringlichkeit einer 20er-Zone oder einer entsprechenden Massnahme wird mir dabei täglich vor Augen geführt. Wenn man beispielsweise die soeben abgeschlossene Befragung der Bevölkerung zum Innenstadtkonzept betrachtet, so wird dies dort genau für diesen Bereich als Lösungsvorschlag genannt, dass dort ein Tempolimit eingeführt werden sollte. Meiner Meinung nach auf ein Gesamtkonzept zu warten, macht wenig Sinn, wurde dies ja bereits vor langer Zeit so beschlossen. Bis dieses Konzept ausgearbeitet ist, fliesst wohl noch viel Wasser die Langeten hinunter, sodass ich gerne an Sie appelliere, diese Motion nicht abzuschreiben. Merci vielmals.

**Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp):** Besten Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen von Einzelsprechenden? Nein. Möchte sich der Gemeinderat nochmals dazu äussern. Das ist auch nicht der Fall. So erkläre ich die Beratung als geschlossen. Wünscht der Motionär nochmals das Wort? Auch nicht. So kommen wir zur Abstimmung. Wer gemäss dem Antrag des Gemeinderates die Abschreibung dieser Motion gutheissen möchte, soll dazu nun die Stimmkarte hochhalten. Gegenstimmen? Enthaltungen?

### III Abstimmung:

- **Der Stadtrat beschliesst mit 23 Stimmen Ja gegen 15 Stimmen Nein bei 1 Enthaltung:**
- 1. **Die Motion Marti Bernhard (SP), Loser Roland (SP) und Mitunterzeichnende vom 16. September 2019 "Verkehrsregime Hübeli" wird als erledigt vom Protokoll des Stadtrates abgeschrieben.**
- 2. **Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



### 3. **Motion der SP/GL-Fraktion vom 28. Juni 2021: Umbenennung Bahnhof «Langenthal Süd» in «Langenthal Porzi»: Stellungnahme**

#### I Eintreten:

**Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp):** Wir gehen zu Traktandum Nr. 3 mit der Motion der SP/GL-Fraktion über. Es geht da um die Umbenennung des Bahnhofs «Langenthal Süd». Auch hier muss darauf eingetreten werden und wir schreiten zur Beratung.

#### II Beratung:

**Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp):** Auch hier liegt die Berichterstattung des Gemeinderates schriftlich vor und eine Berichterstattung der GPK gibt es keine. Wem von der SP/GL-Fraktion darf ich das Wort übergeben?

**SP/GL-Fraktion, Roland Loser (SP):** Wir gaben diese Motion zur Umbenennung des Bahnhofs Süd in Bahnhof «Porzi» ein, weil wir das Gefühl haben, dass man dieses Porzi-Areal, das uns doch allen so am Herzen liegt und immer wieder viel zu diskutieren gibt, mit einer solchen Umbenennung auch zusätzlich würdigen könnte. Wir merkten nach Abklärung durch den Gemeinderat, wofür wir uns bedanken, was dies ungefähr bedeuten könnte. Fragt man Juristinnen oder Juristen auf der Verwaltung an, so ist es leider häufig so, dass dabei so ein bisschen Angst geschürt wird, was das alles für Kosten nach sich zieht und inwiefern das überhaupt möglich ist, zumal man bei der Bezeichnung «Porzi» allenfalls meinen kann, dass es sich dabei um einen Firmennamen handelt und dies vom BAV<sup>1</sup> nicht mehr akzeptiert wird, sodass eine solche Umbenennung bis zu Fr. 100'000.00 kosten kann.

Wir hingegen sehen dies nicht so düster, aber wir begreifen auch, dass sich der Stadtrat nicht darauf einlassen möchte, bei einem anschliessenden Ja zu unserer Motion eventuell mit solchen Kosten konfrontiert zu werden. Deshalb beschlossen wir von der SP/GL-Fraktion gleich vorneweg, diese Motion in ein Postulat umzuwandeln. Damit möchten wir auch aufzeigen, dass wir weiterhin an diese Idee glauben und wir damit dem Gemeinderat die Chance eröffnen möchten, vorgängig abzuklären, ob dies überhaupt möglich ist und was das für Kosten mit sich bringt. Dies ermöglicht sodann auch einen Entscheid zu einem späteren Zeitpunkt. Wir sind aber auch der Meinung, dass genau jetzt der Zeitpunkt ideal ist, wenn nun die BLS den Umbau dieses Bahnhofs an die Hand nimmt, eine solche Abklärung und Umbenennung vorzunehmen und deshalb wahrscheinlich auch relativ schlank möglich ist. Wir sind weiterhin davon überzeugt, dass dies weiterhin eine gute Sache ist, um das Porzi-Areal damit schlussendlich etwas zu ehren. Wir hoffen, dass Sie nun unserem Postulat folgen können. Danke.

**Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp):** Danke vielmals. Wem darf ich von den Fraktionen das Wort erteilen?

**SVP-Fraktion, Daniel Bösiger (SVP):** Anhand der Informationen aus der Stellungnahme des Gemeinderates kamen wir zum Schluss, dass wir diese ursprüngliche Motion aus den folgenden drei Gründen als nicht erheblich erklären möchten: Wir sehen als Erstes darin keine Not, diesen Namen «Langenthal Süd» zwingend zu ändern. Wir verfügen mit der Bezeichnung «Industrie Nord» ein Pendant, das irgendwo ein Stück weit auch Sinn macht. Als zweites sehen wir die Kosten, die wir als unverhältnismässig teuer ansehen und allenfalls Aufwand und Ertrag in keinem Verhältnis stehen. Drittens geben wir der Umbenennung auf «Langenthal-Porzi» nur geringe Chancen, da Firmenbezeichnungen bekanntlich nicht erlaubt sind. Unser Fazit umschreibt das Ganze somit mit «nice to have», sodass wir es eigentlich unverantwortlich finden, hier noch mehr Geld und Arbeit seitens der Verwaltung zu investieren. Unsere Fraktion hätte die Motion einstimmig abgelehnt. Die Blitzumfrage vor der Sitzung ergab, dass wir auch die Wandelung in ein Postulat grossmehrheitlich ablehnen. Merci.

**FDP/jll-Fraktion, Daniel Bircher (FDP):** Wir kommen in etwa zum selben Schluss wie die SVP. Ich machte zur

<sup>1</sup> BAV = Bundesamt für Verkehr.



Handhabung bezüglich des Postulats keine Blitzumfrage, aber es ist so, dass wir betreffend diese Motion einfach keinen Bedarf und auch keinen grossen Nutzen darin sehen, eine solche Umbenennung vorzunehmen. Dies vor allem auch deshalb, weil man die Kosten nicht kennt, Kosten aber sicherlich anfallen werden. Wir hätten im Juni 2020 viel lieber ein Betriebs- und Gestaltungskonzept beschlossen, um diesen Bahnhof dann an einen anderen Ort zu platzieren, womit diese Beträge auch viel besser investiert gewesen wären. Deshalb gehe ich davon aus, dass wir auch das Postulat grossmehrheitlich ablehnen werden.

**Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp):** Danke auch dafür. Gibt es zu diesem Vorstoss nun noch weitere Wortmeldungen? Dem ist nicht so. Gibt es nun noch Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher?

**Janosch Fankhauser (SVP):** Mir brennt da in diesem Zusammenhang einfach noch eine Frage auf der Zunge, dass es doch erst noch um das Geschäft mit der Bahnhofverlegung in das Porzi-Areal ging. Wäre es da nicht schön gewesen, wenn es dann auch zum Porzi-Bahnhof gekommen wäre? Aber nun liegt halt der Bahnhof immer noch am selben Ort. Ich stelle diese Frage einfach auch der SP: Vielleicht könnt Ihr mir erklären, wie dieser Sinneswandel zustande kam. Ich kann es mir so nicht erklären. Danke.

**Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp):** Danke. Möchte jemand zu dieser Frage Stellung beziehen?

**SP/GL-Fraktion, Roland Loser (SP):** Ja, lieber Janosch, ich gebe Dir recht. Ich war damals auch für die Verschiebung dieses Bahnhofs, aber hier im Stadtrat verliefen dazu die Grenzen durch alle Fraktionen hindurch relativ fliessend. Es ging da eben um eine andere Fragestellung, aber man kann durchaus so argumentieren und so muss ich Dir aus meiner Sicht durchaus recht geben. Ich möchte deshalb einfach nochmals kurz darauf eingehen, dass dies genau der Grund ist, warum wir dies nun in ein Postulat wandeln, damit angeschaut werden kann, was das kostet. Wir haben nicht das Gefühl, dass es ansatzweise so viel kostet, wie hier kolportiert wird. Ich arbeite selber im ÖV-Bereich und erlebe jedes Jahr Dutzende von Haltestellen-Umbenennungen. Ich kann mir deshalb nicht vorstellen, dass dies solch eine riesige Sache sein soll, vor allem, wenn man auch daran denkt, dass die BLS diesen ganzen Bahnhof so oder so neugestalten wird. Wir plädieren deshalb dafür, dieser Umbenennung eine Chance zu geben, sodass ich Sie doch bitten möchte, sich dies in den nächsten Augenblicken noch einmal durch den Kopf gehen zu lassen. Danke.

**Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp):** Ich bedanke mich für diese Antwort. Gibt es noch weitere Wortmeldungen. Der Gemeinderat möchte sich noch dazu äussern.

**Stadtpräsident Reto Müller (SP):** Ich möchte einfach auf die Verbindlichkeit der gemeinderätlichen Antwort hinweisen. Was die erste Aussage anbelangt, beziehen wir uns auf das Gesetz, respektive auf die GeONV<sup>1</sup>, wonach man diese Namen wirklich nicht mehr nach Firmen benennen darf. Im konkreten Fall stellt sich hier einfach noch die Frage, ob «Porzi» nun noch eine Firma ist und darstellt oder nicht. Ebenso muss sie geografisch eindeutig zugeordnet werden können, auch von auswärtigen Personen, was diese Verordnung auch entsprechend vorgibt. Wenn man auf der anderen Seite einfach sagt, dass man das so nicht glaubt, dann kann man das so sehen und glauben, allerdings berufen wir uns nicht einfach nur auf das «Hörensagen», sondern wir referenzieren auch, woher diese Aussage stammt. Das bezieht sich darauf, als der Gemeinderat von Schneisingen prüfte, ob er den Bahnhof von Niederweningen in «Niederweningen-Schneisingen» umbtaufen möchte. Dieser Vorgang hätte demnach Fr. 80'000.00 bis Fr. 100'000.00 gekostet. Deshalb empfehlen wir Ihnen diese Motion auch als Motion mit Weisungscharakter zu qualifizieren, da die Kosten höher als Fr. 150'000.00 ausfallen könnten. Da das Anliegen nun aber in ein Postulat gewandelt wurde, ist dies obsolet und verfügt damit ja auch plus/minus über die gleiche Wirkung wie eine Motion mit Richtliniencharakter. Trotzdem möchte ich Sie gerne noch formal darauf hinweisen, dass Ihnen der Gemeinderat auch im Fall eines Postulats vorschlägt, es als nicht erheblich zu erklären. Merci vielmals.

**Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp):** Danke. Möchte auch Roland Loser nochmals das Wort? Dem ist nicht so. Wir stimmen nun darüber ab. Nachdem die Motion gemäss GO Art. 56 Abs. 2 in ein Postulat umgewandelt wurde, befinden wir über das Postulat. Wie Sie hörten, plädiert der Gemeinderat auch im Fall

<sup>1</sup> GeONV = Verordnung über geografische Namen.



# Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 20. September 2021

eines Postulats für die Nichterheblicherklärung. Wer, wie der Gemeinderat, das Postulat als nicht erheblich erklären möchte, hält nun seine Stimmkarte in die Höhe. Gegenstimmen? Enthaltungen?

### III Abstimmung:

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 26 Stimmen Ja gegen 13 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen:**

- II. **1. Das Postulat (gewandelte Motion) der SP/GL-Fraktion vom 28. Juni 2021 "Umbenennung Bahnhof «Langenthal Süd» in «Langenthal Porzi»" wird nicht erheblich erklärt.**
- 2. Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---



## 4. Motion Freudiger Patrick (SVP), Dietrich Pascal (FDP), Clavadetscher Diego (FDP), Häfliger Dyami (glp), Grossenbacher Corinna (SVP) und ein Mitunterzeichnender vom 28. Juni 2021: Mitwirkung des Parlaments bei Beitritten der Stadt Langenthal zu Organisationen optimieren: Stellungnahme

### I Eintreten:

**Stadtratspräsidentin Niklaus Lanz-Renate (glp):** Als nächstes unter Traktandum Nr. 4 geht es erneut um eine Motion. Hier nun eingebracht von Patrick Freudiger, Pascal Dietrich, Diego Clavadetscher, Dyami Häfliger, Corinna Grossenbacher und Mitunterzeichnende betreffend die Mitwirkung des Parlaments bei Beitritten der Stadt Langenthal zu Organisationen. Es handelt sich um ein zwingendes Geschäft und deshalb muss auch hier darauf eingetreten werden.

### II Beratung:

**Stadtratspräsidentin Niklaus Lanz-Renate (glp):** Auch hierzu liegt die Berichterstattung des Gemeinderates schriftlich vor und einen Bericht der GPK gibt es nicht. So liegt nun das Wort bei der Sprecherin oder dem Sprecher der Motion.

**Sprecher der Motion, Patrick Freudiger (SVP):** Man hört häufig Aussagen, dass die Welt vernetzter, dynamischer oder zusammenhängender wird. Ich bemühe solche Sprüche nicht oft, werden sie doch manchmal auch falsch verwendet, aber ich glaube, in diesem Zusammenhang haben sie ihre Berechtigung. Die Zusammenarbeit im politischen Sinn wird flexibler, vielgestaltiger. Wenn es darum geht, Vorlagen vorzubereiten, so kommt es immer häufiger vor, dass die Behörden auf verschiedenen Staatsebenen – Gemeinde, Region, Kanton, zusammenarbeiten. Aber auch die Zusammenarbeit zwischen Exekutive und Legislative wird vielgestaltiger. Es gibt heute so mehrfach komplex zusammenhängende Vorlagen, dass es einfach nötig ist, dass der Gemeinderat wie der Stadtrat frühzeitig miteinander kommunizieren und dabei das Parlament nicht einfach abwartet, bis dann irgendwann einmal ein Vorlagenentscheid reif ist.

Ja, zu dieser Realität gehört es eben auch, dass man immer häufiger Absichtserklärungen vornimmt, juristisch nicht verbindliche, aber politisch sehr wichtige Absichtserklärungen; dass man Vereinigungen beitrifft, dass man Chartas beitrifft, was somit Teil der heutigen politischen Realität ist. Wir streiten diese Realität in unserer Motion nicht ab und wir kritisieren sie auch nicht. Im Gegenteil, wir akzeptieren sie, versuchen daraus aber die politisch richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Es geht nämlich darum, dass der Stadtrat unter diesen gegebenen politischen Bedingungen auch überall dort mitredet, wo er politisch betroffen ist und eben nicht erst dann, wenn die Vorlage formalrechtlich bereits den Status eines beschlussreifen Entwurfs erlangte. Es ist wohl allen bekannt, dass die Botschaft, die man mit Absichtserklärungen oder dem Beitritt zu Vereinigungen aussendet, zu gewissen Sachzwängen und zu gewissen Vorwegnahmen von Entscheidmechanismen führen kann. Wenn man einer Organisation beitrifft, die sich für bestimmte Ziele einsetzt, gibt man als Stadt mit dem Beitritt ein entsprechendes Statement ab. Wenn man dies dann aufgrund der daraus resultierenden, beispielsweise finanziellen Folgen im Parlament diskutiert, so hören wir bisweilen, dass man ja nun dieser Vereinigung beitrifft und man nun doch nicht dagegen sein kann, sondern mitziehen muss. Man schafft uns damit Sachzwänge im Parlament. Ich möchte gerne dann mitreden, wenn die ersten Weichenstellungen vorgenommen werden, und nicht erst dann, wenn der Mist schon beinahe geführt ist.

Der Gemeinderat fürchtet den Verlust von strategischer Planung, wie es im Bericht und Antrag und in den Akten zur Kenntnis genommen werden konnte. Ich hoffe inständig, dass der Gemeinderat dies nicht ganz ernst meint, was er hier sagt. Ich hoffe ernsthaft, dass er dies nicht wirklich für bare Münze nimmt, was er hier schreibt. Und ich meinte, eine gute strategische Planung, Kolleginnen und Kollegen, besteht doch darin, dass der Gemeinderat zusammen mit dem Stadtrat frühzeitig in eine Diskussion geht und dabei miteinander beraten wird, was die richtigen strategischen Weichenstellungen sind und so den Stadtrat einbindet und damit auch die Mehrheitsfähigkeit des Handelns sicherstellt. Das muss doch eine gute strategische Planung sein, und nicht das Parlament vor vollendete Tatsachen stellen, weil man hier und dort nun bereits



den Beitritt erklärte und man somit nicht anders kann und den Stadtrat dazu aufruft, mitzumachen. Es geht doch um die Diskussion und nicht darum, Fakten zu schaffen. Das macht doch eine gute strategische Planung aus und ich bin auch der Meinung, dass der Gemeinderat auch meistens so vorgeht. Umso mehr erstaunt es mich, dass man hier nun den Verlust von strategischer Planungshoheit befürchtet. Wenn wir zurückschauen, wo solche Chartas im Parlament oder im Gemeinderat bisher zum Thema wurden, dann muss man einfach konstatieren, dass diese Befürchtung des Gemeinderates relativ hypothetisch erscheint. Letztlich war der Beitritt zu dieser Klimacharta das Thema. Dies wurde doch auch im Stadtrat diskutiert. Da benötigte es nicht irgendwie eine strategische Planungshoheit des Gemeinderates, sondern es wurde im Stadtrat diskutiert. Man verlor dabei keine Zeit und man kam zu einem superausergoreiften Mehrheitsbeschluss. Ich rede dabei auch ein bisschen gegen meine eigenen Interessen als jemand, der das nicht in allen Teilen mittrug. Vielleicht wäre es für mich in dem Fall ja angenehmer zu sagen, dass der Gemeinderat dies doch für sich entscheiden soll, damit wir es besser als undemokratisch attackieren können. Aber es geht hier nicht um Haltungen zu einer bestimmten Sachfrage, sondern es geht darum, den richtigen Prozess einzuhalten. Deshalb ist mir diese Vorlage wichtig, auch wenn danach vielleicht im Einzelfall ein Mehrheitsbeschluss des Stadtrats vorliegt, der vielleicht gegen meine Haltung in der Sache spricht. Gerade wenn man sich die Klimacharta vor Augen führt, so befanden sich darin Aussagen wie «Weg von der Kernenergie!» oder «Fossile Energieträger nicht durch andere fossile Energieträger ersetzen!». Wir haben hier in Langenthal allerdings eine weit breite Gasversorgung. Wenn man dazu eine Aussage macht, dass keine fossilen Energieträger durch andere fossile Energieträger ersetzt werden dürfen, so sind das Aussagen, die schlussendlich die Kompetenzen des Stadtrats betreffen und dann ist es auch richtig und wichtig, dass das Parlament auch frühzeitig seine Meinung dazu abgibt. Somit darf nicht irgendein Beitritt erklärt werden, der politisch schlichtweg im luftleeren Raum steht.

Gerade das Beispiel der Klimacharta, zu welcher im Stadtrat aufgrund der speziellen Gegebenheit des Jugendpostulats die entsprechende Diskussion geführt wurde, zeigt ja gerade, wie es laufen sollte und es zeigt, dass es eben auch gut läuft, wenn man dieses Konzept im Sinn dieser Motion perpetuiert so einhält. Und um all denjenigen die Angst zu nehmen, die der Meinung sind, dass der Gemeinderat dann gar nichts mehr selber entscheiden kann, möchte ich entgegenhalten, dass nicht jede Charta im Stadtrat diskutiert werden muss. Es gibt beispielsweise auch eine Charta zur Gleichstellung der Geschlechter im Bereich der Entlohnung. Hier bin ich zum Beispiel der Meinung, dass dies grundsätzlich die Sache des Gemeinderates ist, da wir im Stadtrat ja lediglich die Stellenprozente in globo bewilligen. Ja richtig, wir sind auch für das Personalreglement mit den Grundzügen der Anstellungsverhältnisse zuständig, aber die Herstellung einer tatsächlichen Gleichstellung in den Arbeitsverhältnissen ist massgebend eine Sache, die nicht auf Flughöhe des Stadtrats ist, sondern eine sorgfältige Handhabung der Arbeitsverträge voraussetzt, was Sache des Gemeinderates ist. Deshalb bin ich der Meinung, dass Lohngleichheitschartas eigentlich nicht in den Stadtrat gehören. Dies zeigt eben auch, dass nicht wirklich jede Charta hier frühzeitig im Stadtrat zu behandeln ist, sondern schlussendlich nur diejenigen, die unsere Kompetenzen tangieren. Damit soll dann eben das Schaffen von Sachzwängen vermieden werden. Auch selbst diese Charta, wenn ich mich richtig besinne, diskutierten wir im Stadtrat. Somit entspricht die politische Realität bereits zu erheblichen Teilen dem, wie wir es mit unserer Motion fordern. Ich möchte Sie einfach bitten, dass wir uns nicht selber unnötig Fesseln anziehen, indem wir uns Sachzwänge schaffen lassen, sondern dass wir darauf achten, frühzeitig mitreden zu können. Ich danke Ihnen für die Unterstützung dieser Motion.

**Stadtratspräsidentin Niklaus Lanz-Renate (glp):** Besten Dank. Wir kommen zu den Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprechern. Wer wünscht hier das Wort?

**SP/GL-Fraktion, Fanny Zürn (GL):** Die SP/GL-Fraktion befürwortet, dass die Kompetenzaufteilung zwischen Stadtrat und Gemeinderat aufgrund der Kostenfolgen eines Geschäfts erfolgt. Schon heute kommen Geschäfte in den Stadtrat, wenn sie die Kompetenzen des Gemeinderates übersteigen. Mit der Annahme dieser Motion wird der Gemeinderat unnötig stark in seiner Arbeit eingeschränkt. Zudem ist überhaupt nicht klar, was als Organisation gilt und was nicht. Die Motion verlangt vor allem auch aufgrund der politischen



Folgen, dass der Stadtrat die Zustimmung zu Beitritten und Ratifizierungen zu erteilen hat. Auch der Gemeinderat wird von der Bevölkerung gewählt und verfügt deshalb über die genau gleiche politische Legitimation wie wir. Zu glauben, dass wir als Stadtrat besser wissen, was die Bevölkerung politisch möchte, ist deshalb ein wenig riskant. Die ganze Motion erleben wir als Trotzreaktion auf die Ratifizierung der Klima- und Energiecharta, wurde sie doch genau zu diesem Zeitpunkt eingereicht. Nun aus einer Laune heraus die Kompetenzen neu zu verteilen, finden wir deshalb falsch. Aus diesem Grund werden wir dem Antrag des Gemeinderates folgen. Besten Dank.

**FDP/jll-Fraktion, Beatrice Lüthi (FDP):** Ich rede hier für die FDP/jll-Fraktion und wir werden diese Motion mehrheitlich unterstützen. Warum ist das so? Es geht hier nicht um ein Trötzeln oder um einen kurzfristigen und akuten Unmut des Stadtrats, sondern es geht darum, dass eben eine klare Umsetzung der politischen Zuständigkeiten überhaupt stattfinden kann. Also, so wie es jetzt aussieht, sind wir gerade gar nicht auf diesem Weg. Und wenn dann noch im Gemeinderatsprotokoll steht, ich zitiere: «Aus der Mitte des Rates wurde schliesslich vorgebracht, dass im Vorstoss Beitritte zu Organisationen und Abkommen zu jedweder Art angesprochen seien, womit die Abgrenzung, welche Entscheide der Gemeinderat noch fällen dürfte, diesbezüglich sehr schwierig würde. Damit würde die dem Gemeinderat obliegende strategische Führung der Stadt stark eingeschränkt und nahezu verunmöglicht.», so ist das nun meiner Beurteilung nach, und nicht explizit nach derjenigen der Fraktion, schon grosses Kino, das der Gemeinderat hier bemüht.

Der Beitritt zu Organisationen ist nicht einfach nur strategisch, sondern geht daneben, je nach Inhalt und Verpflichtungen, die man eingeht, weit darüber hinaus. Und wir wollen dem Gemeinderat nicht seine Kompetenzen wegnehmen, aber es muss einfach klar sein, dass der Gemeinderat nicht den Stadtrat, oder allenfalls sogar die Stimmberechtigten einfach umgehen oder aussen vor lassen kann. Wenn wir jetzt diese Motion als nicht erheblich erklären, so wird das Problem, das wir hier und jetzt haben, eben nicht gelöst. Und das wird weitergezogen und wir werden es weiter mit uns herumtragen und am Ende werden wir es erneut auf dem Tisch haben. Von dem her fragt es sich, ob das dann wirklich ein guter Entscheid wäre.

Wenn wir heute eine Überweisung beschliessen und diese Motion als erheblich erklären, so wird diese Frage bezüglich Kompetenzabgrenzung einmal explizit diskutiert und dann liegt danach eine Regelung vor, die vielleicht für die Zukunft gelten kann. Wir denken, dass dieses Thema wirklich eine Diskussion verdient. Man kann dann auch bei der Diskussion im Vorfeld einer möglichen Lösung immer noch Änderungen anbringen. Wir bitten Sie deshalb diese Motion als erheblich zu erklären. Wir sind überzeugt davon, dass wir mit der Überweisung der Motion und der anschliessenden Diskussion im Gemeinderat und im Stadtrat eine gute Lösung für die Zukunft finden können und damit auch so unschöne Diskussionen, wie sie hin und wieder vorkamen, vermeiden können. Das Anliegen ist nämlich wirklich berechtigt und wichtig, und wenn wir diese Motion heute und jetzt nicht für erheblich erklären, so machen wir damit eigentlich einen Schritt rückwärts und das wird uns dann später nochmals um die Ohren fliegen. Und noch ganz kurz etwas zu dem, was Patrick Freudiger zur Charta der Lohngleichheit im öffentlichen Sektor sagte: Das war ja ein Vorstoss, der von fast allen Stadträtinnen über alle Fraktionen hinweg eingereicht wurde. Diese Motion war nötig, weil «subkutanes, informelles Handeln» und die Kontaktaufnahme mit dem Gemeinderat eben nicht zum Erfolg führte. Schliesslich sind wir ja lösungs- und erfolgsorientiert und nicht nur irgendwie auf Schlagzeilen aus. Das ist unsere Haltung, besten Dank, wenn Sie dies berücksichtigen.

**Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp):** Besten Dank. Möchte sich eine weitere Fraktion zu dieser Motion äussern? Offenbar wird das Wort seitens der Fraktionen nicht mehr gewünscht. Gibt es Einzelsprechende, die dazu reden möchten? Nein. Nun wünscht der Gemeinderat noch das Wort.

**Stadtpräsident Reto Müller (SP):** Man könnte nun bald meinen, dass der Gemeinderat hier mit Kanonen auf Spatzen schießt, weil er zum Schluss kam, dass man diese Motion ablehnen sollte. Es wurde uns zuvor auch gesagt, dass der Gemeinderat hierzu ein «grosses Kino» eröffnet, aber dazu möchte ich Ihnen doch kurz vorlesen, wie denn nur der Text dieser Motion lautet und was daraus folgt. Hier steht: «Für Beitritte zu Organisationen und Abkommen jedweder Art» – das erfanden nicht wir, Frau Lüthi – «(inklusive gemeinsame Erklärungen, Chartas und dergleichen), aus deren Mitgliedschaft, beziehungsweise Ratifikation sich



rechtlich oder politisch» – politisch, und das ist nun eben neu – «verbindliche Vorgaben ergeben können, welche die Kompetenzen des Stadtrates oder der Stimmberechtigten berühren, bedarf es der vorgängigen Zustimmung des Stadtrates unter den zu definierenden Bedingungen der Stimmberechtigten».

Wenn Sie heute Abend diese Motion so überweisen, dann wird der Gemeinderat dazu verpflichtet, innerhalb von zwei Jahren eine Lösung vorzulegen, die das so umsetzt, wie Sie dies nun heute Abend verlangen. Es ist kein Postulat, sondern es geht um eine Motion; eine Motion mit Weisungscharakter. Dies einfach zur Erinnerung, dass Sie hiermit realisieren, dass der Gemeinderat sehr ernst nimmt, was Sie hier schreiben. Und in der Begründung des Gemeinderates ist es dann eben auch so, dass wir darauf hinweisen. Wir haben bis jetzt – und das kann man uns nun vorwerfen, eine sehr einfache Lösung in Langenthal, was die Kompetenzregelung anbelangt, indem wir dies an den Finanzkompetenzen festmachen. Wenn ein Geschäft die Limite von Fr. 150'000.00 übersteigt oder es sich um ein Planungsgeschäft mit Kosten von mehr Fr. 70'000.00 handelt, so kommt das Geschäft zwingend in den Stadtrat oder danach sogar vors Volk. Und es gibt wirklich viele Gemeinden, die ein bisschen lockere Lösungen kennen, schon alleine was die Finanzkompetenzen anbelangt. Es ist deshalb nicht so, dass der Gemeinderat hier in Langenthal über eine ewig lange Leine verfügt, um Dinge bis x Millionen Franken selber bestimmen zu können. Wie Sie es zuvor bereits vernahmen, ist das, was hier mehrheitlich verlangt wird, in Wirklichkeit bereits geregelt. Das steht so bei uns in der Stadtverfassung und die Motion würde dazu führen – und das ist der Lösungsansatz, den wir hier sehen und auch so beschreiben, eine Änderung der Stadtverfassung vor das Volk bringen zu müssen. Darin würde dann nicht nur die Finanzkompetenzen geregelt, sondern zusätzlich auch, welche Geschäfte künftig auch noch dem Stadtrat zur Beschlussfassung zugewiesen werden und dadurch beim Gemeinderat rausfliegen.

Wir finden, dass dies eine sehr komplexe Geschichte ist und wir noch nicht genau wissen, was damit nun genau gemeint ist, weil ja auch gesagt wird, dass dies in der Vergangenheit bereits mehrheitlich so gehandhabt wurde. Somit besteht hier nicht unbedingt ein Regelungsbedarf, zumindest soweit, wie ich die Voten verstand. Aber dann stellt sich für uns eben die Frage, warum Sie dann diese Motion überweisen wollen, wenn nun heute kein wirklicher Regelungsbedarf erkennbar ist. Ich bin nun seit 2003 bereits schon lange in der stadträtlichen Beratung dabei und mir wäre bislang noch kein Geschäft bekannt, wonach man im Stadtrat der Meinung war, dass man aufgrund eines durch den Gemeinderat beschlossenen Beitritts zu einer Organisation gezwungen ist, einem bestimmten Sachgeschäft zuzustimmen. Meines Erachtens ist dies bis heute noch nie passiert. Von dem her stellt sich dem Gemeinderat heute Abend eben wirklich die Hauptfrage, ob es sich aufgrund dieses nun hier von verschiedenen Sprecherinnen und Sprechern geäußerten Bedürfnisses lohnt, diese Stadtverfassung effektiv anzupassen? Ich möchte noch kurz erwähnen, dass wir Mitglied bei Gemeindeverbänden wie WUL<sup>1</sup>, Oberaargauische Musikschule, und WVR<sup>2</sup> sind. Und dort ist es absolut klar, dass sowohl Fragen zum Beitritt oder Austritt Volksgeschäfte sind, was bereits schon gemäss heutiger Verfassung so ist. Es wurde gesagt, dass man in den letzten Jahren Chartas beiträt. Dazu gilt es die Charta zur Lohngleichheit zu erwähnen, deren Beitritt auf einen überwiesenen Vorstoss im Stadtrat vom 29. Juni 2020 mit Richtliniencharakter zurückgeht, was wir ebenso ernst nahmen. Der Gemeinderat beschloss danach den Vollzug und dann gibt es eben noch die Klimacharta, zurückzuführen auf das Postulat, das der Stadtrat überwies. Es wurde dann zu Ihrem Postulat und wir traten dieser Charta bei. Es gibt noch andere Beteiligungen und Geschäfte, die Ihnen bekannt sind, da sie jährlich im Jahresbericht hinten aufgeführt sind. Wir sind in dieser Sache völlig transparent. Mir kommt dabei noch der Beitritt zum Lötschberg-Komitee in den Sinn, was bis jetzt auch noch niemandem wehtat.

Wenn man die Motion liest, könnte man den Eindruck gewinnen, dass der Gemeinderat inflationär solchen Organisationen, Gemeindeverbänden und Vereinen beitritt. Und das ist einfach nicht die Realität. Dies tun wir nicht und würden wir auch nicht machen. Deshalb fragen wir uns schon, wo denn hier eine allfällige

<sup>1</sup> WUL = Gemeindeverband Wasserversorgung untere Langete.

<sup>2</sup> WVR = Gemeindeverband Wasserversorgung Rottal Obersteckholz.



überweisungswillige Mehrheit den Regelungsbedarf sieht und damit sogar rechtfertigen kann, die Stadtverfassung anzupassen? Ich kann Ihnen aber auch noch etwas Anderes sagen. Überlegen Sie sich einerseits, ob Sie in der nächsten Legislatur noch im Stadtrat oder bereits im Gemeinderat sind. Manchmal kommt es gar schnell zu einem Wechsel und es gibt immer wieder Diskussionen, was der Gemeinderat und was der Stadtrat zu regeln hat. Und diese Diskussionen wollen wir auch führen, denn auch uns ist eine sehr gute Zusammenarbeit zwischen Stadtrat und Gemeinderat natürlich wichtig. Doch auch dazu stellt sich die Frage, ob man dies dann auch wirklich in der Verfassung und den Gesetzen ändern muss, oder ob sich ansonsten Möglichkeiten ergeben, wie man das regeln kann. Wenn Sie heute die Regierungsrichtlinien anschauen, so glaube ich, dass es unbestritten ist, dass die Regierungsrichtlinien ein Instrument der Regierung darstellen. Da geht es um das, was die Regierung beschliesst und anschliessend dem Stadtrat zur Kenntnisnahme unterbreitet, und Sie aber nicht direkt mitreden können. Dort schafft der Gemeinderat Fakten. Dort legt der Gemeinderat Absichtserklärungen fest, die für die nächsten vier Jahre Gültigkeit haben. Es gibt nichts Verbindlicheres für die Regierungsarbeit als diese Regierungsrichtlinien. Ich nenne Ihnen daraus nur drei Beispiele von Massnahmen: das erste betrifft die Einführung der elektronischen Verwaltung der Geschäftsunterlagen. Dies ist ein Projekt mit einem Volumen von 1,2 Mio. Franken, was finanziell gesehen weit über der Kompetenz des Gemeinderates liegt. Aber rechtlich und politisch können wir zum Ausdruck bringen, dass der Gemeinderat dies so will. Aber natürlich ist der Gemeinderat immer wieder auch auf Beschlüsse der Institutionen angewiesen, so wie der Stadt eine darstellt oder eben auch das Volk. Darin steht auch immer, dass wir neue Kindergärten bauen möchten, was weit über der Finanzkompetenz des Gemeinderates liegt. Aber was soll dann der Gemeinderat damit anfangen? Da wird es eben ein bisschen schwierig und zeigt auf, was ich Ihnen erklären möchte. Da steht auch etwas über die Steuerattraktivität drin, wozu es das letzte Mal auch eine Motion gab. Was das bedeutet, wird von uns als Regierung in den Richtlinien beschrieben und ist letztendlich in der Entscheidungskompetenz des Volkes. Aber was für eine Regierung wollen Sie dann, wenn eine Regierung eben nicht auch Vorgaben machen kann oder sagen kann, welches Ziel angestrebt werden soll; dies auch im Wissen, dass das Erreichen dieser Ziele immer nur mit allen Institutionen und allen Behörden gelingen wird. Deshalb lehnt der Gemeinderat summa summarum diese Vorlage ab, weil er der Meinung ist, dass er für die strategische Zielsetzung die Kompetenz benötigt, an dieser Stelle politische Vorgaben machen zu können. Natürlich werden wir dies auch weiterhin nicht inflationär anwenden. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

**Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp):** Besten Dank für diese Ausführungen. Auch der Sprecher der Motion meldet sich nochmals zu Wort.

**Sprecher der Motion, Patrick Freudiger (SVP):** Danke. Nach der neuen Geschäftsordnung dürfen die Motionäre am Schluss reden, was vom Gemeinderat auch schon kritisiert wurde, aber vielleicht gar nicht so schlecht war, dass wir das einführen. Ich hörte dem Stadtpräsidenten soeben gut zu. Er führte zwei Argumente gegen diesen Vorstoss an, die sich einfach schlicht widersprechen. Entweder sagt man, dass es gar nicht so häufig passiert, aber dann betrifft es eben auch nicht die strategische Planung. Oder dann passiert es eben häufig und könnte die strategische Planung betreffen. Wenn man schon dagegen votiert, sollte man sich auf eine argumentative Schiene festlegen. Ich glaube, dass es richtig ist, in der Vergangenheit kein inflationäres Beitreten des Gemeinderates zu Organisationen erlebt zu haben. Deshalb bin ich auch der Meinung, dass die strategische Verantwortung nicht betroffen ist, aber es kommt vor. Und wenn Sie es sich ein bisschen vor Augen führen, welche Beispiele wie etwa die Lohngleichheitscharta oder die Klimacharta vorliegen, so kommt es eben zunehmend vor.

Dies ist wohl deshalb so, weil die politische Realität es bedingt, dass man über die Grenzen hinweg zusammenarbeitet und sich dann vielleicht nicht nur in den formellen und auch als sehr bürokratisch geltenden Gremien wie Gemeindeverbände oder ähnliches organisiert, sondern vielleicht eben auch eine informellere und dynamischere Zusammenarbeit gefragt ist. Dies entspricht einer zunehmenden Realität und hier ist es wichtig, auch den entsprechenden Einfluss zu wahren. So wollen sich die Motionäre eben nicht auf die eng verstandene Einflussnahme in dem Moment beschränken lassen, wenn daraus ein rechtlich beschlussreifer Antrag entsteht. Vielmehr möchten wir bereits frühzeitig Einfluss nehmen, wenn es eben politisch relevant



wird. Die Unterscheidung rechtlich zu politisch ist in dieser Hinsicht aus unserer Sicht verwirrend, müsste es doch eine Selbstverständlichkeit sein, dass das Parlament dann mitreden kann, wenn es auch betroffen ist.

Und zum Schluss, und das ist eigentlich der Hauptgrund, den ich anmerken wollte, wurde uns vorgeworfen, dass wir mit «Organisationen jedweder Art» einen rigiden Initiativtext vorlegten. Wenn man dies nun allgemeiner gefasst hätte, so wäre ich sicher, dass der Sprecher des Gemeinderates ans Mikrofon getreten wäre um darauf hinzuweisen, dass dieser Text lückenhaft ist, da nicht klar ist, was man darf und was nicht und die Motion deshalb nichts taugt. Wir fassten den Text relativ weitreichend, damit man nichts vergisst. Aber ich gebe hier ausdrücklich zu Protokoll, dass die Motionäre auch eine gewisse Flexibilität in der Umsetzung signalisieren, sodass der Gemeinderat auch weiterhin die nötige Autonomie behält. Und genau dafür dient ja anschliessend der Gesetzgebungsprozess. Wir überweisen dabei eine Motion und die Verwaltung mit all ihren Ressourcen liefert uns daraufhin einen Vorschlag, wie diese Motion am Schluss in die Verfassung zu schreiben ist. Und dann sind wir dann nicht diejenigen, die am Schluss päpstlicher als der Papst agieren und sich für eine hochgradbürokratische Umsetzung einsetzen. Nein, wir wollen eine Umsetzung im Sinne einer frühzeitigen politischen Einflussnahme, und keinen Bürokratismus. Merci, wenn sie zustimmen.

**Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp):** Auch dafür besten Dank. Es folgt nun also die Abstimmung. Wer dem Antrag des Gemeinderates folgen möchte und diese Motion als Motion mit Weisungscharakter qualifizieren möchte, soll dies nun per Stimmkarte anzeigen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

Nun kommen wir zur Erheblichkeitserklärung. Wer analog zum Gemeinderat dafür ist, diese Motion als nicht erheblich zu erklären, erhebt nun bitte die Karte. Gegenstimmen? Enthaltungen?

### III Abstimmung:

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 38 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 1 Enthaltung:**

I. **Die Motion Freudiger Patrick (SVP), Dietrich Pascal (FDP), Clavadetscher Diego (FDP), Häfliger Dyami (glp), Grossenbacher Corinna (SVP) und ein Mitunterzeichnender vom 28. Juni 2021 "Mitwirkung des Parlaments bei Beitritten der Stadt Langenthal zu Organisationen optimieren" wird als Motion mit Weisungscharakter qualifiziert.**

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 17 Stimmen Ja gegen 16 Stimmen Nein und 6 Enthaltungen:**

II. 1. **Die Motion Freudiger Patrick (SVP), Dietrich Pascal (FDP), Clavadetscher Diego (FDP), Häfliger Dyami (glp), Grossenbacher Corinna (SVP) und ein Mitunterzeichnender vom 28. Juni 2021 "Mitwirkung des Parlaments bei Beitritten der Stadt Langenthal zu Organisationen optimieren" wird nicht erheblich erklärt.**

2. **Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---



## 5. **Motion Häfliger Dyami (glp), Freudiger Patrick (SVP) und Mitunterzeichnende vom 28. Juni 2021: Information und Kommunikation der Stadt Langenthal: Stellungnahme und Antrag auf Abschreibung**

### I Eintreten:

**Stadtratspräsidentin Niklaus-Lanz Renate (glp):** Wir gehen zu Traktandum Nr. 5 und damit zur Motion von Dyami Häfliger, Patrick Freudiger und Mitunterzeichnende betreffend Information und Kommunikation der Stadt Langenthal über. Auch hier liegt ein zwingendes Geschäft vor und ein Nichteintreten ist ausgeschlossen, sodass wir direkt zur Beratung übergehen.

### II Beratung:

**Stadtratspräsidentin Niklaus-Lanz Renate (glp):** Die schriftliche Stellungnahme des Gemeinderates liegt Ihnen vor und die GPK äusserte sich nicht dazu. So übergebe ich nun das Wort an den Motionensprecher Dyami Häfliger.

**Sprecher der Motion, Dyami Häfliger (glp):** Ich möchte mich als Motionär ganz herzlich für die Erarbeitung der Antwort des Gemeinderates sowie der zuständigen Verwaltung, namentlich bei den Zentralen Diensten, bedanken. Die Antwort zur Motion zeigt eine sehr schöne Übersicht, wo wir aktuell im Bereich Kommunikation, Information und Stadtmarketing stehen. Der Gemeinderat unternahm in seiner Antwort eine Tour d'horizon, was sehr schön ausgeführt wurde.

Die Kommunikation erachte ich grundsätzlich als A und O. Man kann noch so gute Ideen und super Vorstellungen haben, aber wenn man diese nicht gut kommuniziert, kommt man nicht vorwärts. Für eine Stadt sollte es demnach zentral sein, wie man kommuniziert. Gerade auch wir, die wir nicht nur politisch interessiert sind, sondern auch ein politisches Amt innehaben, wissen sehr viel über die laufenden Geschäfte und somit auch, was im Moment läuft, was als nächstes folgt und um was es denn überhaupt geht. Daneben gibt es auch noch einen Kreis von politisch interessierten Leuten, die durch Eigeninitiative an die Informationen gelangen. Dann gibt es aber auch sehr viele Leute, die eigentlich die Informationen gar nicht erhalten. Dort stellt sich die grosse Frage, wie wir als Stadt gegenüber dem einzelnen Bürger und gegenüber der einzelnen Bürgerin kommunizieren; insbesondere bezüglich einer jüngeren Generation, wozu ich mich schon auch noch etwas zähle, wenn auch nicht mehr gerade bei den Jüngsten. Wie erfolgt da die Kommunikation?

Ich bin mit der Antwort des Gemeinderates wie auch mit der Absichtserklärung grundsätzlich sehr zufrieden. Wir sahen ja heute auch unter dem ersten Traktandum, das diesbezüglich etwas mit der Webseite am Laufen ist, was für die meisten wohl das Erste sein wird, das sie in Langenthal anschauen. Insbesondere freut es mich eben, dass man die Online-Präsenz stärken möchte, dass man bereits heute mit Dritten zusammenarbeitet, um dabei eine möglichst kostengünstige und effiziente Art und Weise der Arbeiten durchführen zu können. Ich freue mich auch, dass man damit fortfahren will. Natürlich freut es mich auch, dass die kantonalen und bundesrechtlichen Vorgaben bereits heute und auch in der Planung genügend berücksichtigt werden. Ebenso ist zu begrüßen, dass die sozialen Medien in dieses Konzept eingebunden und damit sicherlich auch gesamtheitlich betrachtet werden. Ich habe da Vertrauen in den Gemeinderat, beziehungsweise in die Fachstelle, die sich damit beschäftigen wird und dabei nicht nur die gängigsten, sondern auch diejenigen Medien anschaut, auf denen sich gerade auch die jüngere Generation entsprechend bewegt.

Das Einzige, was ich hier noch anfügen möchte, ist, dass es in der Antwort heisst, dass das Stadtmarketingkonzept bis spätestens am 31. Dezember 2024 erarbeitet wird. Ich hoffe schwer, dass der Gemeinderat oder die betreffende Fachstelle sich nicht bis am Schluss dieser selbst gesetzten Frist Zeit lässt, sondern dann doch früher vorlegt. Deshalb wiederhole ich, dass ich mit der Antwort zufrieden bin und mich mit dem Vorgehen des Gemeinderates einverstanden erkläre. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

**Stadtratspräsidentin Niklaus-Lanz Renate (glp):** Danke vielmals. Nun würde ich gerne den Fraktionen das Wort übergeben.

**FDP/jll-Fraktion, Pascal Dietrich (FDP):** Die FDP/jll-Fraktion unterstützt diesen Vorstoss von Dyami Häfliger,



Patrick Freudiger und Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner. Kommunikation ist wichtig, sie ist sehr wichtig und wir glauben, dass sie in den letzten 20 Jahren laufend noch wichtiger wurde, dies sowohl gegen aussen, wie auch gegen innen. Hier geht es natürlich vor allem um diejenige gegen aussen. Es ist aber auf beide Seiten hin wichtig. Wir haben schon auch das Gefühl, dass die Kommunikation hier in Langenthal gegen aussen und innen bis vor wenigen Jahren immer mal wieder stiefmütterlich behandelt wurde. Das merkte man bei verschiedenen Dingen und man hörte es auch immer wieder einmal; sei es seitens Journalistinnen und Journalisten, oder sei es seitens Einwohnerinnen und Einwohnern. Dort fand in den letzten Jahren wirklich eine Verbesserung statt und so verändert sich die Situation mit der Anstellung des neuen Fachbereichsleiters ja nochmals markant. Die FDP/JLL-Fraktion begrüsst dies ausdrücklich. Das war nötig, das ist wichtig und das ist gut so. Trotzdem ist dieser Weg noch nicht zu Ende gegangen, auf dem man sich da nun befindet, das ist ja klar. Wir sehen die Stadt aber auf dem richtigen Weg.

Daneben möchte ich einfach kurz noch wenige Worte zu zwei, drei Dingen loswerden. In diesem Vorstoss werden auch die sozialen Medien angesprochen, in denen Langenthal noch relativ schwach vertreten ist. Es gibt kein Facebook-Auftritt, dafür haben wir aber einen Stadtpräsidenten, der auf Facebook aktiv kommuniziert. Man weiss dabei manchmal nicht ganz genau, ob dies nun Reto Müller oder der Stadtpräsident Müller ist, der sich da äussert. Wir wollen dies auch gar nicht kritisieren, ist es ja auch schwierig, wenn die Stadt selber keinen Auftritt unterhält. Man ist häufig auch beinahe froh, wenn sich der Stadtpräsident überhaupt zu etwas äussert. Somit war es vielfach gar nicht schlecht, was der Stadtpräsident machte und so haben wir auch Verständnis dafür, wie dies bislang lief. Aber - und nun kommt das «Aber», in Zukunft müsste sich dies schon ändern. Von uns aus gesehen ist es ganz klar, dass die Stadt einen eigenen Auftritt auf Facebook haben muss und dort auch offiziell als Stadt kommuniziert; dies in Vertretung der gesamten Regierung und des gesamten Gemeinderates, je nach Thema dann auch noch mehr abgestützt auf den Stadtrat. So dünkt es uns, dass dies in Zukunft anders laufen müsste. Wie gesagt haben wir Verständnis für die Form, wie dies bis jetzt ablief, aber dies muss sich nun ändern, gerade auch unter Berücksichtigung der Anstellung des neuen Fachbereichsleiters.

Zuletzt möchte ich darauf hinweisen, dass es eine Plattform namens «Grociety» gibt, was auch noch ein interessantes Mittel darstellt, wie man heute kommunizieren kann. Dies eben auch deshalb, weil sich die klassischen Medien ein bisschen auf dem Rückzug befinden, zumindest den lokalen und regionalen Markt betreffend. Bezüglich dieser Plattform «Grociety» gibt es in Langenthal auch ein Verein, der sich darum kümmert und dazu möchte ich einfach noch den Gemeinderat darauf hinweisen, dass dies auch noch eine gute Kommunikationsvariante wäre, zumal ja auch noch eine Abklärung beim Gemeinderat hängig ist. Unter dem Strich halte ich nochmals fest, dass die FDP/JLL-Fraktion diese Motion unterstützt. Man kann sich dabei fragen, ob man sie auch sogleich abschreiben soll, da sie ja noch nicht vollständig erfüllt ist. Ich stehe dem persönlich etwas kritisch gegenüber, wenn man immer alles sogleich wieder abschreibt, bevor es wirklich erledigt ist. Hier in diesem Fall sehen wir die Stadt aber wirklich auf gutem Weg und deshalb glaube ich, dass man es hier verantworten kann, wenn man diesen Vorstoss sogleich wieder vom Protokoll abschreibt, sodass wir den Gemeinderat in allen diesen Punkten unterstützen. Danke.

**SVP-Fraktion, Patrick Freudiger (SVP):** Matthias Kunz, alias Dr. Grünspan sagt jeweils, wenn er einen Bundesangestellten mimt: «Wir sind nicht auf Facebook, denn wir haben kein Profil». Damit ist die Bundesverwaltung gemeint, die kein Profil hat. Also ist es für die Stadt Langenthal Zeit, an Profil in den sozialen Medien zuzulegen. Nein, Spass beiseite, die Forderungen, die Dyami Häfliger stellte, sind berechtigt. Der Bericht, den der Gemeinderat lieferte, fiel aber auch überzeugend aus und es läuft nun in die gute Richtung. Ich glaube, dass auch die bevorstehende Digitalisierung des Anzeiger-Wesens ein Grund mehr ist, dass man dem Anliegen der Kommunikation den nötigen Stellenwert beimessen muss. Es ist ja auch absehbar, dass das künftige digitale Anzeiger-Angebot ausgeweitet wird, sodass es auch wichtig ist, dass die Stadt Langenthal in diesem Bereich präsent ist. Aufgrund des gemeinderätlichen Berichts sind wir zwar der Meinung, dass noch nicht alles erfüllt ist. Allerdings stimmt die Marschrichtung und darum wird die SVP-Fraktion erstens dem Vorstoss zustimmen und auf der anderen Seite aber auch keine Einwände gegen die Abschreibung vorbringen. Merci für die Aufmerksamkeit.



**Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp):** Auch hierfür besten Dank. Gibt es weitere Fraktionssprecherinnen oder Fraktionssprecher? Das scheint nicht der Fall zu sein. Gibt es Einzelvoten? Auch das trifft nicht zu. Möchte der Gemeinderat nochmals das Wort? Okay, Sie hörten es vielleicht, dass man es ja dann in den sozialen Medien nachlesen kann. Somit erkläre ich die Beratung für geschlossen und frage Dyami Häfliger an, ob er sich nochmals zu Wort melden möchte? Nein, somit leite ich zur Abstimmung über. Dabei geht es zuerst um die Qualifikation der Motion. Wer diese Motion analog zum Gemeinderat mit Richtliniencharakter qualifizieren möchte, erhebt nun seine Stimmkarte. Gegenstimmen? Enthaltungen?

Nun geht es noch um die Erheblichkeitserklärung. Wer wie der Gemeinderat die Motion für erheblich erklären möchte, soll dies nun mit der Stimmkarte bezeugen. Gegenmehr? Enthaltungen?

Zuletzt kommen wir zur Abstimmung über die Abschreibung. Wer wie der Gemeinderat dafür ist, diese Motion abzuschreiben und das Stadtratssekretariat mit dem weiteren Vollzug beauftragen möchte, zeigt dies nun auch mit der orangen Karte an. Gegenstimmen? Enthaltungen?

### III Abstimmung:

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 39 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen einstimmig:**

**I. Die Motion Häfliger Dyami (glp), Freudiger Patrick (SVP) und Mitunterzeichnende vom 28. Juni 2021 "Information und Kommunikation der Stadt Langenthal" wird als Motion mit Richtliniencharakter qualifiziert.**

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 39 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen einstimmig:**

**II. 1. Die Motion Häfliger Dyami (glp), Freudiger Patrick (SVP) und Mitunterzeichnende vom 28. Juni 2021 "Information und Kommunikation der Stadt Langenthal" wird erheblich erklärt.**

**2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 39 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen einstimmig:**

**1. Die Motion Häfliger Dyami (glp), Freudiger beschliesst Patrick (SVP) und Mitunterzeichnende vom 28. Juni 2021 "Information und Kommunikation der Stadt Langenthal" wird als erledigt vom Protokoll des Stadtrates abgeschrieben.**

**2. Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---



## 6. Interpellation der glp/EVP-Fraktion vom 28. Juni 2021: Erweiterung des ÖV durch Taxiunternehmen: Beantwortung und Antrag auf Abschreibung

### I Eintreten:

**Renate Niklaus-Lanz (glp):** Wir kommen zu Traktandum Nr. 6 und dabei zur Interpellation der glp/EVP-Fraktion im Zusammenhang mit der Erweiterung des ÖVs durch Taxiunternehmen. Auch hier geht es um ein zwingendes Geschäft und das Nichteintreten ist nicht möglich.

### II Beratung:

**Renate Niklaus-Lanz (glp):** Die Antwort des Gemeinderates liegt schriftlich vor und die GPK verzichtete auf eine Stellungnahme. Ich frage die Interpellantinnen und Interpellanten an, ob sie dazu noch Stellung nehmen möchten?

**Sprecher der Interpellation, Fabian Fankhauser (glp):** Wir bedanken uns für die Antwort zu unserer Interpellation. Sie fiel ein bisschen wie erwartet aus und wir wollten gleichwohl noch anmerken, dass da ein wenig ein komischer Vergleich herangezogen wurde, vergleichen wir uns doch normalerweise mit Burgdorf oder grösseren Städten, aber wenn es um den ÖV geht, ist dann Herzogenbuchsee oder Huttwil doch auch gut genug. Wir finden es natürlich schade, dass sich die Stadt bei der RVK<sup>1</sup> nicht für einen besseren ÖV einsetzen möchte, in dem Fall für einen noch besseren ÖV. Wir stimmen der Abschreibung zu. Danke.

**Renate Niklaus-Lanz (glp):** Merci vielmals. Gemäss Art. 54 der Geschäftsordnung gibt es nur dann eine Diskussion, wenn der Rat dies beschliesst. Ich nehme aber einmal an, dass dies niemand möchte. Deshalb kommen wir bereits zur Abstimmung. Wer mit der Abschreibung dieser Interpellation einverstanden ist, dokumentiert das nun mit dem Hochhalten der Stimmkarte. Gegenstimmen? Enthaltungen?

### III Abstimmung:

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 39 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein bei 0 Enthaltungen einstimmig:**

**1. Die Interpellation von der glp/EVP - Fraktion vom 28. Juni 2021 "Erweiterung des ÖV durch Taxiunternehmen" wird als erledigt vom Protokoll des Stadtrates abgeschrieben.**

**2. Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt**

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---

---

<sup>1</sup>RVK = Regionale Verkehrskonferenz.



## 7. **Mitteilungen des Gemeinderates**

---

Keine.

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---



## 8 A. Eingereichte Motion der SP/GL-Fraktion vom 20. September 2021: Einrichtung von Velo-Service-Stationen an zentralen Standorten in Langenthal

Motionstext:

### **"Einrichtung von Velo-Service-Stationen an zentralen Standorten in Langenthal**

*Antrag: Der Gemeinderat wird beauftragt, an zentralen Standorten fixe Velo-Service-Stationen einzurichten. Diese sind mit einer Velopumpe und den nötigsten Reparaturwerkzeugen ausgestattet. Mögliche Standorte wären beispielsweise beim Bahnhof, auf dem Wuhrplatz, bei der Oberen Marktgasse oder bei den Einkaufszentren.*

*Begründung: Velo-Service-Stationen ermöglichen es den Velofahrer:innen kleine Reparaturen an ihrem Velo selbst vorzunehmen. Das Velo als Fortbewegungsmittel fördert die Gesundheit der Bevölkerung, beansprucht wenig öffentlichen Raum und verursacht keinen Lärm. Gute Infrastrukturen für Velofahrer:innen sind zentral, um in naher Zukunft den Umstieg zu einem fossilfreien Verkehr zu meistern. Mit den richtigen Rahmenbedingungen werden die Bürger:innen motiviert, sich vermehrt mit dem Velo fortzubewegen. Aus den genannten Gründen ist es im Interesse der Stadt Langenthal, die Attraktivität des Velos mit niederschweligen Angeboten wie den Velo-Service-Stationen zu steigern."*

Fanny Zürn

(Erstunterzeichnende)

### **Beispiele von möglichen Velo-Service-Stationen**



Velo-Service-Station Pratteln<sup>7</sup>



Velo-Service-Station Cham<sup>8</sup>

<sup>7</sup>Neue Velo-Service-Station in Pratteln eingerichtet (12.2.2021): <https://www.saline.ch/blog/neue-velo-service-station-in-pratteln-eingerichtet/>

<sup>8</sup> Neue Velo-Service-Station in Cham eingerichtet (07.04.2020): <https://www.luzernerzeitung.ch/zentralschweiz/zug/neue-velo-service-station-in-cham-eingerichtet-ld.1211068>



# Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 20. September 2021

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



## 8 B. Eingereichte Motion Gerber-Möri Franziska (GL), Loser Fries Stefanie (SP), Zürn Fanny (GL) und Mitunterzeichnende vom 20. September 2021: Erarbeitung eines Biodiversitätskonzepts als verbindliche Planungs- und Arbeitsgrundlage der Stadt Langenthal

Motionstext:

### **"Erarbeitung eines Biodiversitätskonzepts als verbindliche Planungs- und Arbeitsgrundlage der Stadt Langenthal"**

*Antrag: Der Gemeinderat wird beauftragt, ein kommunales Biodiversitätskonzept für das Gemeindegebiet zu erstellen.*

*Begründung: Im Jahr 2012 wurde vom Bundesrat eine schweizweite Biodiversitätsstrategie bzw. ein Aktionsplan verabschiedet. Dabei handelt es sich um zehn Ziele, welche u.a. die Biodiversität im Siedlungsraum fördern sollen. Viele Städte haben seither ein Biodiversitätskonzept erarbeitet und befindet sich in der Umsetzung (z.B. Bern, Aarau). Ein solches Konzept fehlt in Langenthal. In den Richtlinien der Regierungstätigkeit 2021-2024 des Gemeinderats findet sich allerdings der strategische Leitsatz: «Die Stadt fördert die Biodiversität und die Aufwertung von Lebensräumen.»*

*Einzelne Bestrebungen im Bereich Biodiversität sind zwar in Arbeit oder bereits vorhanden, so z.B. in Überbauungsordnungen oder im Agglomerationsprogramm (Durchgrünung im Siedlungsraum).*

*Dennoch fehlen spezifische Reglemente oder Konzepte, welche erforderlich sind, um die Biodiversität nachhaltig zu fördern und Lebensräume entsprechend aufzuwerten. Die vorhandene Absicht, Biodiversität in Langenthal zu fördern, reicht daher nicht aus. Ein ganzheitliches Biodiversitätskonzept kann deshalb für die Stadt von grossem Nutzen sein, da es eine verbindliche Planungs- und Arbeitsgrundlage darstellt, einer Bündelung der verschiedensten Massnahmen dient sowie Nutzungskonflikten vorbeugen hilft. Dazu würde auch der systematische Einbezug der interessierten Kreise beitragen.*

*Punkto Biodiversität in Siedlungsräumen gibt es verschiedene mögliche Stossrichtungen, welche hier (nicht abschliessend) aufgeführt werden:*

- Erhebung und Sicherung von unversiegelten Flächen
- Ökologisch wertvolle Gebiete und naturnahe Lebensräume erhalten, fördern und sichern
- Gefährdete Arten (Fauna und Flora) erhalten und fördern

*Zu diesen Stossrichtungen können einzelne Massnahmen vorgeschlagen werden. Einige Beispiele:*

- Aufwertung von brachliegenden Flächen, z.B. Industriebrachen, Kleinstandorte
- Dachbegrünungen, Mobilitätsbegleitflächen und öffentliche Grünflächen konsequent biodivers gestalten, Stadtbaumbestand erweitern, Renaturierung von versiegelten Flächen
- Private dabei unterstützen, Massnahmen zur Aufwertung von Lebensräumen zu ergreifen mit Anreizsystemen, Beratungen, Informationen (Vgl. Aargauer Projekt oder Wettbewerb für naturnahe Gärten Bern)
- Bekämpfung und Entfernen von invasiven Neobiota (mit zeitlich gestaffeltem Verbot gewisser Pflanzen und Ersatz durch Zielarten oder ökologisch wertvollen Gewächsen)

*Die Stossrichtungen sowie Massnahmen sind behördenverbindlich, nicht grundeigentümergebunden, dienen aber als Vorgaben, an denen sich auch die Bevölkerung orientieren soll. Damit dies gelingt, braucht es aber unbedingt eine offensive Informationspolitik sowie ein Anreizsystem für die Bevölkerung."*

Franziska Gerber-Möri

(Erstunterzeichnende)



# Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 20. September 2021

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



## 8 C. **Eingereichte, dringliche Motion Freudiger Patrick (SVP), Häfliger Dyami (glp), Fluri Patrick (SVP), Fankhauser Fabian (glp), Grossenbacher Corinna (SVP), Fankhauser Janosch (SVP) vom 20. September 2021: Varianten fürs Budget 2023 ermöglichen eine fundierte Debatte**

Motionstext:

### **"Varianten fürs Budget 2023 ermöglichen eine fundierte Debatte**

*Antrag: Der Gemeinderat wird beauftragt – wenn er an der im Finanzplan 2022-2026 angekündigten Steuererhöhung per 2023 festhalten will -*,

- für das Budget 2023 mindestens zwei Varianten auszuarbeiten, wobei mindestens eine Variante ein Budget ohne jegliche Erhöhung der heutigen Steueranlage von 1,38 vorsieht, und die im Vergleich zu einem Budget mit Steuererhöhung entfallenden Erträge entweder durch Mehreinsparungen, ein temporär höheres Defizit, ggf. Erhöhung von Einnahmen (z.B. Dividende aus verselbständigten Einheiten) oder durch eine Kombination aus diesen drei Optionen kompensiert werden;
- die Varianten dem Stadtrat für die Abstimmung über das Budget 2023 vorzulegen.

*Begründung: Wichtig für gute Rahmenbedingungen einer Gemeinde sind ein gutes Bildungsangebot, Naherholungsgebiete, ein lebendiges Vereinsleben und vieles mehr, darunter auch eine attraktive Steueranlage. Letzteres gilt namentlich für Gemeinden in der Nähe zu anderen, steuergünstigeren Kantonen. Den Nachteil der hohen kantonalen Steuern kann eine bernische Gemeinde zwar nicht wettmachen, aber sie kann mir einer innovativen Steuerpolitik dazu beitragen, dass ihre eigenen Stärken bei der Standortwahl weiterhin herausstechen und nicht aufgrund zu hoher Steuern in den Hintergrund treten.*

*Diese Überlegungen haben Gemeinderat, Stadtrat und Bevölkerung von Langenthal in der Vergangenheit mit der Festsetzung der Steueranlage bei 1,38 berücksichtigt. Im Finanzplan 2022-2026 schlägt der Gemeinderat, bedingt durch hohe kantonale Lasten und den Rückgang der Wirtschaft zufolge Corona, nun aber eine Steuererhöhung per 2023 vor.*

*Aufgrund der Stadtratsdebatte vom 30. August 2021 ist bereits jetzt klar, dass eine Steuererhöhung politisch umstritten sein wird. Die Motionäre wünschen sich eine sachbezogene und fundierte Diskussion dazu im Stadtrat. Die Optionen Steuererhöhung, Ausgabenreduktion, temporär höheres Defizit und anderweitige Erhöhungen von Einnahmen (z.B. mit Dividenden aus Beteiligungen der Stadt) sind sorgfältig abzuwägen. Diese Abwägung sollte mit Vorteil nicht aufgrund eines einzigen gemeinderätlichen Entwurfs erfolgen, da dann alternative Vorschläge ggf. nur kurzfristig und ohne vertiefte Folgenabschätzung diskutiert werden können. Vielmehr wünschen sich die Motionäre zumindest zwei Varianten für ein Budget, wobei eine Variante keine Erhöhung der Steueranlage vorsehen muss. Diese Varianten sind durch den Gemeinderat vorzubereiten und in den vorbereitenden Kommissionen zu diskutieren. Es versteht sich von selbst, dass die Varianten ernsthafte Lösungen enthalten müssen und bspw. nicht bloss – gleichsam als Alibi-Übung – politisch von Beginn weg chancenlose Ausgabenkürzungen vorschlagen.*

*Mit dem von den Motionären vorgeschlagenen Vorgehen kann der Stadtrat ohne Hauruckübungen gestützt auf mindestens zwei ausgearbeitete Vorlagen eine fundierte Budgetdebatte führen."*

*Beantragte Dringlichkeit gemäss Beschluss des Büros des Stadtrates vom 20. September 2021 bestätigt.*

*Begründung der Dringlichkeit: Damit für den Gemeinderat frühzeitig klar wird, wie die Vorgaben des Parlaments für den Budgetprozess lauten, muss über die vorliegende Motion schnellstmöglich abgestimmt werden.*

Patrick Freudiger  
(Erstunterzeichnender)



# Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 20. September 2021

---

Die Behandlung der dringlich erklärten Interpellation erfolgt gemäss Art. 52 Abs. 1 lit. c., Abs. 2 und 3 sowie Art. 53 der Geschäftsordnung des Stadtrates.<sup>9</sup>

---

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---

---

**2 Art. 52 Abs. 1 lit. c., Abs. 2 und 3 der Geschäftsordnung des Stadtrates (Fristen)**

<sup>1</sup> Der Gemeinderat hat innert folgender Fristen vorzulegen:

c. dringlich erklärte Vorstösse: in der Regel bis zur nächsten Ratssitzung.

<sup>2</sup> Auf begründetes Gesuch des Gemeinderates kann die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident die Frist verlängern, höchstens aber verdoppeln. Bei dringlich erklärten Vorstössen ist keine Fristverlängerung möglich.

<sup>3</sup> Erfolgt die Beantwortung nicht innert der Frist bzw. wird kein Fristverlängerungsgesuch gestellt oder ein solches abgelehnt, so kann die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident die Beschlussfassung über Motionen und Postulate traktandieren, ohne dass eine Antwort des Gemeinderates vorliegt.

**Art. 53 der Geschäftsordnung des Stadtrates (Form der Behandlung)**

Die Beantwortung der parlamentarischen Vorstösse erfolgt in der Regel schriftlich.



## 8 D. Eingereichte Interpellation Scheibli Nathalie (SP) und Mitunterzeichnende vom 20. September 2021: Stand Verkehrssicherheit bei Schulanlagen und Kindergärten

Interpellationstext:

### **"Stand Verkehrssicherheit bei Schulanlagen und Kindergärten**

Anfrage:

*Am 2. November 2020 nahmen diverse Personen aus dem Umfeld der Volksschule Langenthal an einem digitalen Workshop zur Verkehrssicherheit auf den Schularealen teil. Ziel war die Erhebung der Ist-Situation um daraus mit Hilfe eines Mobilitätskonzeptes Massnahmen zur Verbesserung abzuleiten.*

1. *Wie weit ist die Erarbeitung des Konzeptes fortgeschritten?*
2. *Wann ist die Realisierung von Massnahmen zu erwarten?*

*Begründung: Der Schulstart hat einmal mehr aufgezeigt, dass die Verkehrssicherheit bei Schulanlagen und Kindergärten ein Dauerthema ist. Dies äussert sich ebenso an Schulleitungskonferenzen, wie aber auch an Elternabenden und Versammlungen des Elternrats Kindergarten. Einerseits ist es die andauernde Problematik der Elterntaxis, andererseits ist es die ungelösten Parkplatzsituationen. Kürzlich konnte der Presse entnommen werden, dass die HPS Oberaargau auf Sommer 2022 den Standort in Huttwil aufgibt und plant, in Langenthal zusätzliche Klassen zu führen. Dies bedeutet wiederum mehr Personal und höheres Aufkommen der Schulbusse der Heilpädagogischen Schule."*

*Beantragte Dringlichkeit gemäss Beschluss des Büros des Stadtrates vom 20. September 2021 abgelehnt.*

*Begründung der Dringlichkeit: Durch die Vergrösserung der Heilpädagogischen Schule in Langenthal und mit der Zentralisierung der Kindergärten und der Tagesschulangebote wird es auf den Arealen einerseits mehr Personal geben, andererseits eine Zunahme an Schülerinnen und Schüler geben, deren Schulweg zu den Schulzentren verläuft. Parallel zur Planung des Schulraums muss zwingend die Verkehrssituation für Fussgänger und Velofahrer\*innen wie für den motorisierten Verkehr (PW und Schulbusse) geklärt und umgesetzt sein.*

Nathalie Scheibli  
(Erstunterzeichnende)

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



## 8 E. Eingereichte Interpellation Lerch Martin (SVP), Häfliger Dyami (glp), Clavadetscher Diego (FDP) und Mitunterzeichnende vom 20. September 2021: Beizug von verwaltungsexternen Experten

Interpellationstext:

### **"Beizug von verwaltungsexternen Experten"**

Anfrage:

1. Der Gemeinderat wird angefragt, wie oft er in den Jahren 2019, 2020 und 2021 externe Experten beigezogen hat (für Gutachten, Revisionen von Reglementen, Verfassen von Strategiepapieren, etc.) und welche Kosten dadurch im Einzelfall und insgesamt entstanden sind?
2. Weiter wird der Gemeinderat angefragt, ob er den Einkauf von externem Experten-Knowhow angesichts der bekanntermassen hohen Kosten nach wie vor als zielführend beurteilt, zumal in der Praxis ja a priori ein erheblicher Aufwand geleistet werden muss, um solche Experten überhaupt mit der entsprechenden Thematik vertraut zu machen?
3. Der Gemeinderat wird zudem angefragt, ob er bereit ist, anstelle von teuren externen Experten die fraglichen Geschäfte vermehrt durch das gute, interne Personal und die Milizbehörden vorbereiten zu lassen nach dem Motto: Kostengünstiger, bürgernäher und verständlicher.

*Begründung: In letzter Zeit war im Stadtrat in den meisten Fraktionen wiederholt ein latentes Unbehagen spürbar und wurde teilweise auch artikuliert, wonach die Stadt Langenthal zu sehr auf externe Experten setze und damit sehr viel Geld ausbebe. Dabei sei fraglich, ob ein entsprechender Mehrwert tatsächlich auch generiert werde.*

*Die vorliegende Interpellation zielt deshalb auf eine Bestandesaufnahme und auf die Abklärung der dem gemeinderätlichen Handeln zugrundeliegenden Strategie ab. Je nach Antwort behalten sich die Verfasser/Unterzeichnenden vor, bei Bedarf allenfalls mittels Motion ihre Vorstellungen und Optimierungsvorschläge in diesem Bereich zu konkretisieren."*

Martin Lerch

(Erstunterzeichnender)

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---



# Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 20. September 2021

---

## In eigener Sache

---

**Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp):** Ich danke Simone Burkhard Schneider ganz herzlich für das Verlesen der Vorstösse und Ihnen allen für die entsprechend aktive Mitarbeit mit diesen Vorstössen.

Wir sind bereits am Schluss dieser Sitzung. Es war sehr speditiv. Ihnen allen besten Dank für das Mitmachen. Wir sehen uns das nächste Mal am 1. November 2021, wenn dann die Tage bereits nochmals kürzer sind. Bis dahin wünsche ich Ihnen eine gute Zeit und denjenigen, die Ferien haben, entspannte und schöne Ferien, geniessen Sie es und kommen Sie gut nach Hause.